

Symbolträchtiger Minarett-Streit

Tribüne

Neu in Inland & Ausland:

Im Minarett-Streit gehe es um Symbole, heisst es. Das ist nur die halbe Wahrheit. Vielmehr ist der Minarett-Streit selbst ein Symbol. Er steht – wenn man will – für den herbeigeredeten Kulturkampf Islam gegen den Westen, oder aber für den ineffizienten Dialog zwischen Christen und Muslimen. Er steht für das permanente Missverstehen und Missinterpretieren zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Zugewanderten aus dem islamischen Raum. Und er verdeutlicht einen Missbrauch der Demokratie. Denn 2007 stehen wieder Wahlen an. Und das Buhlen um Stimmen auf Teufel komm raus hat mit dem Ansprechen von Überfremdungsängsten noch stets seine Wirkung getan. Diese Ängste gehen in Bezug auf die Muslime noch tiefer. Nicht nur in der kulturellen Vereinnahmung, sondern vor allem in der politischen Unterwanderung durch «den Islam» sieht man die Gefahr. Um dies zu unterstreichen, eignet man sich kurzerhand die Definitionsmacht an und macht aus dem Minarett etwas, das es nicht ist, nämlich ein aggressives politisches Herrschaftssymbol. Unterstellungen sind aber nicht die einzige politische Waffe einer Mehrheitsgesellschaft, die ihre Existenz gefährdet sieht. Ein Minarett störe das Ortsbild, argumentieren genau jene, die problemlos ihren Ort durch den Bau und die Verbreiterung von Strassen, den Wildwuchs von Einfamilienhaussiedlungen und die Errichtung ganzer Alleen von Mobilfunkantennen begrüssen. Eine erkennbare Moschee mit Minarett ziehe enormen Mehrverkehr an, monieren andere, welche gleichzeitig konsequent gegen jegliche Investition in das öffentliche Verkehrsnetz votieren. Ein Minarett passe nun mal eben nicht in unsere christlich-abendländische Gesellschaft, lautet ein weiterer, wenig glaubhafter Versuch, der prinzipiellen Ablehnung gegenüber dem Islam den Anschein von Rationalität zu geben.

Aber auch die muslimischen Antragsteller sind kritisch zu hinterfragen. Woher rührt das plötzliche Ansinnen, ein Minarett errichten zu wollen und nicht etwa, was nachvollziehbarer wäre, einen Moschee-Neubau zu projektieren? Ist es Naivität, mangelnde Sensibilität oder etwa auch politisches Kalkül, den Antrag für Minarettbauten in einer Zeit und einer Umgebung zu formulieren, die den Muslimen alles andere als freundlich gesinnt ist? Haben die beiden muslimischen Gemeinden in Wangen bei Olten und Langenthal genügend bedacht, dass sie damit eine Grundsatzdebatte vom Zaun brechen würden, die sich für die Muslime in der ganzen Schweiz nachteilig auswirken, zum verstärkten Rückzug aus der Gesellschaft und zu einer weiteren Polarisierung beitragen könnte? Sind sie sich im Klaren, dass sie mit dem Thematisieren von Minarettbauten auch den christlich-islamischen Dialog untergraben? Er räumt den fehlenden islamischen Bestattungsmöglichkeiten jedenfalls eine weitaus höhere Priorität ein, was sowohl religiös wie auch gesellschaftlich zu rechtfertigen ist. Ohnehin muss die Frage gestattet sein, weshalb ausgerechnet zwei Gemeinden, die nicht gerade als treibende Kräfte im interreligiösen Dialog bekannt sind, als Erste die Minarettfrage aufwerfen und nicht, wie man etwa annehmen könnte, aktive und engagierte islamische Gemeinschaften in Zürich oder Basel, die seit Jahrzehnten intensive Kontakte zu Kirchen, Behörden und Bevölkerung pflegen.

Beide Seiten sollten über die Bücher gehen, die Diskussion versachlichen und sich ihrer dringenden Aufgaben in der Gesellschaft bewusst werden. Dazu braucht es kritische, aber faire Stimmen beider Lager.

Der Minarett-Streit steht für das permanente Missverstehen und Missinterpretieren zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Zugewanderten.

Beide Seiten sollten über die Bücher gehen.

Der Bund, Amira Hafner Al-Jabaji [15.09.06]